Mehr als braune Flecken

Zum Umgang der CDU und ihrer Jungen Union mit historischen Vorgängen

von Luitwin Bies

NSDAP CVP CDU

Manuskript eines Vortrages, den der Autor am 05. März 2009 unter dem Titel:
Die CDU-Saar – mit braunen Flecken in einer Veranstaltung der
Peter-Imandt-Gesellschaft / Rosa-Luxemburg-Stiftung in Saarbrücken gehalten hat.

Impressum
Peter-Imandt-Gesellschaft e.V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Saarbrücken
Futterstraße 17-19
66111 Saarbrücken
Tel. 0049 (0) 681-5953892
Fax: 0049 (0) 681-5953893
www.peter-imandt.de
email: imandt@web.de

Luitwin Bies, Jahrgang 1930, Historiker, Dr. phil., Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD an der Saar, zu antifaschistischem Widerstand und Verfolgung durch GESTAPO und NS-Justiz, biographische Skizzen saarländischer Persönlichkeiten der Arbeiter- und der Widerstandsbewegung, Arbeiten zur Völklinger Stadtgeschichte. Luitwin Bies verstarb im Mai 2009.

Auswahl seiner Veröffentlichungen:

Klassenkampf an der Saar 1919–1935 – Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes,
Frankfurt/Main 1978

Widerstand aus dem katholischen Milieu,
St. Ingbert 1993

Derichsweiler – Luisenthal – Dachau – New York –
Stationen im Leben des jüdischen Arztes Dr. Rudolf Fromm aus Luisenthal,
Völklingen 1999

Widerstand an der Grenze – Des deux côtés d'une frontière,
Saarbrücken 2002

Verfolgt, Vertrieben, Ermordet – Saarländerinnen gegen die Nazis,
Saarbrücken 2004

Für den Sturz des Naziregimes – Widerstand und Verfolgung von saarländischen Antifaschisten,
Saarbrücken 2007

Ein Erlebnis, das mich beschäftigt hat, führte dazu, ein schon in Grundzügen erarbeitetes Manuskript über ehemalige Nazis in der Saarpolitik nach 1945 hervorzuholen und als Vortrag anzubieten.

Assoziationen stellten sich bei mir ein, als ich im September 2007 durch ein Spalier junger Demonstranten musste, wo ich als Zuhörer zu dem Konstituierungsparteitag der Linkspartei an der Saar in die Saarbrücker Kongresshalle wollte, um zu sehen, zu erleben, wie sich die nichtkommunistische Linke aus PDS und WASG zusammenschloss. Vor der Kongresshalle erinnerte die JUNGE UNION an die Toten, die bei versuchten Grenzausbrüchen ums Leben gekommen waren, so genannte *Mauer-Tote*. Sie hatten eine politische Vorlage des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion Stephan Toscani aufgegriffen, der zuvor schon die künftige Linkspartei als *in der politischen Nachfolge der Mauermörder* stehend verleumdet hatte *(Saarbrücker Zeitung vom 26.07.07)*.

Die Frage war und ist, was jene Parteitagsteilnehmer der Linken mehr mit den *Mauer-Toten* zu tun hätten, als jene JU-Demonstranten? Später erfuhr ich, dass dies keine einmalige Aktion der jungen Unionisten war, sondern dass sie auch in Lockweiler und in Riegelsberg ebenso demonstriert hatten. Daraus war für mich zu schließen, dass es möglicherweise Interesse auch an anderen Fragen der Geschichte gibt, wenn man schon von Nachfolgeparteienspricht.

Die Saargeschichte gibt umfangreichen Stoff, sich mit *Vorläufern* und *Nachfolgern* zu befassen. Und wer dies tut kann nicht umhin, die Zusammenhänge, auf Hitlers Reichskanzler am 30. Januar 1933 und die Errichtung der faschistischen Diktatur ebenso wie später für den Kurs der BRD unter Adenauer auf NATO-Integration und Militarisierungkurs. Bekanntlich hatte das erstgenannte Ereignis Auswirkungen auf die Haltung der Parteien an der Saar zu der damals so empfundenen Frage aller Fragen: wie entscheidet man sich bei der vorgesehenen Volksabstimmung: für die Beibehaltung der bisherigen Rechtsordnung – dem Status quo, für den Anschluss an Deutschland oder für den Anschluss an Frankreich. Analysiert man das Werden und die Entwicklung der BRD vom Bruch des Potsdamer Abkommens aus, in dem Deutschlands Einheit festgeschrieben war, über die Bildung der B-Zone, der Tri-Zone, der einseitig verkündeten Währungsreform bis zu der Bildung der Bundesrepublik und ihren Kurs auf Einbeziehung in die NATO, kann man nicht übersehen, dass Adenauer bereit war, das Saarland als Preis für die Zustimmung Frankreichs zur Aufnahme der Bundesrepublik und

ihrer Aufrüstung zu verkaufen. Dass mit diesem Kurs die Spaltung Deutschlands verbunden war, von der niemand vorher sehen konnte, wie lange sie andauern würde, sei nur am Rande vermerkt.

Ich möchte heute erinnern:

1. an die Zentrumspartei und ihr Verhalten 1933 im deutschen Reichstag
2. an die Kollaboration von Zentrumspolitikern aus dem Saargebiet mit Hitler und seinen Nazis 1933–1935
3. an die Haltung so genannter christlicher Politiker in den Jahren der faschistischen Diktatur und in den Jahre nach 1945 unter Johannes Hoffmann
4. an den Bruch der politischen Nachkriegskultur nach dem Plebiszit 1955 und den Landtagswahlen im Dezember des selben Jahres

Zu 1:

1933 konnte kein Zweifel daran bestehen, dass die faschistische NSDAP weder eine verantwortungsvolle nationale Politik betrieb noch sozialistische Ziele anstrebte. Mit Mord und Totschlag, mit Demagogie und Terror hatte sich die NSDAP zur wählerstärksten Partei durchgeschlagen. Doch weder die Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, schon verübtem tausendfachen Mord und der Reichtagsbrandstiftung hatte den Nazis bei der Wahl am 05. März 1933 jene $^2/_3$ Mehrheit erbracht, die sie brauchten, um die Verfassung ändern, d.h. beseitigen zu können. Inzwischen hatte sich ein Mann in ihre Nähe platziert, der signalisierte, dass es durchaus Übereinstimmung gäbe.

Der 1881 in Trier geborene Ludwig Kaas, seit Dezember 1928 Vorsitzender der katholischen Zentrumspartei hatte bei einer Wahlkundgebung in Köln am 02. März 1933 u.a. ausgeführt: »Ich unterstütze mit der gesamten moralischen Autorität der deutschen Zentrumspartei jede staatliche Maßnahme, die diesem dämonischen Geist, der jenseits der deutschen Ostgrenze genug namenloses Elend physischer und moralischer Natur angerichtet hat, den Zugang zu deutschem Lande sperrt und dafür sorgt, dass auch die letzten Spuren dieser destruktiven Geistesrichtung bei uns überwunden werden.«

Schon vorher hatte das Zentrum der Verordnung vom 28. Februar *zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte* zugestimmt. Der tiefsitzende Antikommunismus führte zur offenen Zusammenarbeit mit der faschistischen Reichsregierung, als diese am 23. März das Ermächtigungsgesetz einbrachte. Dieses Gesetz räumte der Regierung das Recht ein, selbst Reichsgesetze zu beschließen – ohne den Reichstag zu befragen. Mehr noch: diese Gesetze könnten auch von der Reichsverfassung abweichen. Es soll nicht verschwiegen werden, dass es innerhalb der Fraktion bei einer Probeabstimmung zwar einige Gegenstimmen gab (unter ihnen Heinrich Imbusch, der später ins Saargebiet floh und Jakob Kaiser), im Reichstag die Zentrumsfraktion aber diesem Schandgesetz zustimmte, Adolf Hitler und den Seinen einen Blankoscheck zum weiteren Abbau der Demokratie für Kriegsvorbereitung und Krieg ausstellte.

Bekannt ist, dass die SPD diesem Gesetz die Zustimmung versagte und dass die Regierung Hitler zuvor die 81 Mandate der KPD einfach annulliert hatte. Und erinnert werden soll an jene Zentrumspolitiker, Deutsch-nationale und Bayrische Volksparteigänger, die Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten und nach 1945 in der Bundesrepublik mitwirkten: Ernst Lemmer, nach 1945 Führungspersönlichkeit der CDU, Dr. Theodor Heuss, später Präsident der BRD, Ritter von Lex, Staatssekretär bei Adenauer. Übrigens: Adenauers Zentrumsfraktion im Kölner Stadtrat erklärte acht Tage später: »Die vom Herrn Reichspräsidenten berufene, durch den erfolgreichen Verlauf der nationalen Revolution bestätigte Regierung darf nicht gefährdet werden, da sonst Folgen unabsehbar sind. Sie muss unter Würdigung der gegebenen Verhältnisse auf möglichst breite Basis sich stützen können. Wir begrüßen die Vernichtung des Kommunismus und die Bekämpfung des Marxismus, die in dem heutigen Umfange in der Nachkriegszeit bisher nicht möglich war, da der sozialistische Einbruch in das deutsche Volk ab 1918 der katholischen Minderheit nur zur Abwehr schlimmerer Dinge, nicht aber zur Gestaltung des Staates ausschließlich nach unserer Auffassung Raum ließ.« (KLAUS HÖPKE: *Das Auffliegen des Reichstages 1933*. Heft 109 Utopie creativ, März 2008. – S. 267)

Zu 2:
Bartholomäus Koßmann, der wohl bekannteste Zentrumspolitiker an der Saar, war 1912 in den Reichstag gewählt worden, 1919 in die Nationalversammlung von Weimar, auch in die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung. 1920

hatte eine vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission ihre Geschäfte an der Saar aufgenommen und 1922 wurde ein Landesrat gewählt. Koßmann wurde dessen Vorsitzender bis er im März 1924 zum Mitglied der Regierungskommission berufen wurde. Minister in dieser Regierungskommission blieb Koßmann bis zum Ende der Saargebietszeit Ende Februar 1935. Koßmann war die ganzen Jahre über vertrauer Informant der Reichsregierung und er blieb es auch nach der Errichtung der faschistischen Diktatur. Im April 1933 hatte er ein Gespräch mit einem hohen Beamten des Auswärtigen Amts Berlin und im Mai 1933 war er bei Hitler in Berlin. Dem Gesandtschaftsrat des AA BERLIN von Stumm deutete Koßmann an, dass er es gerne sähe »wenn die Führer der NSDAP des Saargebiets sich mit ihren Wünschen und Beschwerden auch in ihn als den berufenen Vertreter der Saarbevölkerung wenden würden.« (R. BOST: *Koßmann* – S. 207)

Da muss es nicht wundern, dass Hitler dann Koßmanns Ersuchen um einen Gesprächstermin schnell entsprach. Am 12. Mai 1933 war Koßmann bei Hitler und er fand natürlich Zustimmung für seine Auffassung, dass in der Abstimmungsfrage alle Deutschen zusammenstehen müssten. Die Kollaboration mit der Nazi-Regierung wurde fortgesetzt. Sie fand ihre Ergänzung und Steigerung im Besuch der führenden Zentrumspolitker bei Hitler drei Tage später. Mit den Saar-Nazis, dann Hermann Röchling, dem Malermeister Schmelzer von der DSVP und weiteren Persönlichkeiten waren Rechtsanwalt Franz Levacher und die Sekretäre der Christlichen Gewerkschaften Peter Kiefer, Fritz Kuhnen und Karl Hillenbrand – alle Zentrumspolitiker zur Zusammenarbeit mit den Faschisten bereit.

Es ist daran zu erinnern, dass 14 Tage zuvor mit dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser die Koalitionsfreiheit für die Arbeitnehmer, jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit beendet worden war. Tausende Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten waren schon totgeschlagen oder in den wilden KZ eingesperrt. Nun folgte die Bildung der so genannten Deutschen Front und schließlich auch die freiwillige Auflösung der Zentrumspartei. Lediglich Johannes Hoffmann, einige Geistliche und wenige Zentrumsleute verweigerten sich dem Kurs und wandten sich mit der SPD/SAAR und der KPD/SAAR gegen den Anschluss an Hitler-Deutschland. Niemand kann sagen, wie die Entwicklung sonst verlaufen wäre, hätte man Hitler an der Saar eine Niederlage bereitet. Mit Hilfe dieser Zentrumspolitiker war den Faschisten aber ein innen- und außenpolitischer Erfolg beschieden.

Dr. Gerd Bauer, der in seiner Dissertation: *Vom Zentrum zur CDU – Hundert Jahre christliche Politik an der Saar* beschrieb, meinte, die Zentrumspartei habe »ihre Wahlkämpfe mit der Devise christlich und deutsch, sozial und demokratisch« geführt und dann »Gerade diese soziale und nationale Gesinnung, die das politische Handeln des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften bestimmte, führte nach 1933 zu einer Unterordnung aller Bedenken und Widerstände gegenüber dem Nationalsozialismus unter die nationalen Interessen.« (Seite 27) Über diese vorgetäuschten *nationalen Interessen* ließe sich noch weiter trefflich streiten. Deutschland bereitete sich auf den Krieg vor und führte ihn dann. *Nationale Interessen* Deutschlands? Zig-Millionen Tote in Europa, die Ermordung der Juden. Zerstörung der Städte und nach 1945 ein kleiner gewordenes Deutschland.

Zu 3:
Als 1945 die überlebenden Antifaschisten und Hitlergegner aus den Zuchthäusern, den KZ oder dem Exil zurück kamen, ging es erst darum, das Leben neu zu organisieren. Die Militärbehörden setzten Menschen als Bürgermeister ein, von denen sie wussten oder annahmen, dass sie politisch nicht belastet seien.

Gerd Bauer hält es nicht für »verwunderlich, dass auch die neugegründeten Parteien sich im wesentlichen an die Parteien anschlossen, die es bereits in der Zeit der Weimarer Republik bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung gegeben hatte.«

Johannes Hoffmann wurde Vorsitzender der CVP. Bauer merkt an (Seite 168) dass »die Nichtbelastung Hoffmanns, aus der NS-Zeit für die französischen Besatzungsbehörden sehr wichtig war.« B. Koßmann wurde Ehrenvorsitzender. Er war im Zusammenhang mit dem Attentat am 20. Juli 1944 verhaftet und vor Freislers Volksgerichtshof gestellt worden. Auf den Freispruch im Januar 1945 folgte aber Gefängnis-Haft und dann GESTAPO-Aufsicht bis zur Befreiung durch amerikanische Truppen. Unter diesen Voraussetzungen waren Hoffmann und Koßmann gewissermaßen ein Glücksfall für die sich bildende CVP, in der nicht nur die wenigen Hitler-Gegner Platz fanden, die aus dem vergangenen Zentrum übrig geblieben waren, sondern auch aktive Befürworter des Anschlusses der Saar an Hitler-Deutschland und NSDAP-Mitglieder.

Heinrich Welsch / Willy Schmelcher

Sehen wir uns Daten aus Kurzbiografien einiger Persönlichkeiten an, die in der CVP bzw. unter der CVP geführten Regierungen Unterschlupf fanden und die anderer, deren Zeit öffentlich hervorzutreten dann im Jahre 1955 gekommen war. Ein besonderes Exemplar war der saarländische Jurist Heinrich Welsch.

1934/35 leitete er die GESTAPO-Stelle in Trier. Über seinen Tisch gingen die Spitzelberichte, die an der Saar gesammelt wurden mit Welschs Unterschrift versehen an die GESTAPO-Zentrale nach Berlin gesandt wurden. Diese konnte danach ihre Karteikarten anlegen und über verschiedene Mittelsmänner Einfluss oder Druck ausüben. Da ging es nicht nur um die Denunziation von Kommunisten. Auch die Namen jener Saarländer, die Johannes Hoffmanns NEUE SAARPOST bezogen, wurden verraten. Im September 1934 gab er 11 Pfarrämter an und namentlich 24 Pfarrer, die diese Zeitung bezogen. Schon im Juni 1934 hatte er Zeitungsbezieher aus Merzig, vom Bietzerberg, aus Haustadt, Erbringen, Reimsbach und Besseringen namentlich denunziert.

Er lieferte Listen von KPD-Funktionären mit Daten und Adressen. So hatte die GESTAPO schon eine *Arbeitsgrundlage*, als sie ab Ende Februar 1935 legal ihr Mordhandwerk an der Saar verrichten konnte. Welsch wurde dann Vertreter des Deutschen Reichs im Abstimmungsgericht, wurde Generalstaatsanwalt in Zweibrücken, assistierte 1938 Nazi-Gauleiter Bürckel in Wien als Sonderbeauftragter des Reichsjustizministeriums dabei die *Ostmark heim ins Reich* zu holen.

Ab Januar 1940 wieder in Zweibrücken rückte er im gleichen Jahr an die Spitze der gesamten Justizverwaltung in Lothringen. Schenkt man seinen Bekundungen aus der Nachkriegszeit Glauben, hat er sich in Österreich und in Lothringen geradezu als Wohltäter der Menschen betätigt. Auf Wunsch stellte er anderen Nazis so genannte *Persilscheine* aus. Z.B. ging es da um den ehemaligen Saarbrücker Polizeipräsidenten Willy Schmelcher. Der war 1927 in die SA eingetreten, 1928 in die NSDAP, 1929 war er deren Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Neustadt. 1930 trat Schmelcher in die SS ein, wurde 1935 SS-Oberführer und Oberst der Polizei, Polizeipräsident in Saarbrücken bis 1942, 1940 auch Leiter der Polizeiverwaltung in Metz (bis 1942), ab 1941 dann SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, 1941 schon SS-Polizeiführer in Tschernigow (UDSSR), 1943 SS- und Polizeiführer in Shitomir (UDSSR), dann SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei im Reichssicherheitshauptamt und 1944 Führer im

Stab des Reichsführers SS in Berlin, Chef der technischen Nothilfe Berlin und Übernahme der Dienstgeschäfte des SS- und Polizeiführers im SS-Oberabschnitt Warthe. Die Tatsache, »dass von 93000 Einwohnern der Stadt (bei Kriegsbeginn) zum Zeitpunkt der Befreiung der Stadt nicht mehr als 15000 übrig geblieben waren ... « lässt darauf schließen, dass SS-Polizeiführer in Shitomir nicht etwa den Straßenverkehr geregelt haben. Und doch wird diesem Herrn Schmelcher 1947 von der 5. Kammer des Obersten Säuberungsrates bescheinigt: »Der Betroffene ist minderbelastet.« Zu diesem Bescheid mag beigetragen haben, dass der o.a. Heinrich Welsch seinem Komplizen aus gemeinsamer Zeit in Metz bescheinigte, dass dieser »sein mitunter recht schwieriges Amt in Saarbrücken und Metz anständig und korrekt ausgeübt« habe und »der Bevölkerung gegenüber war er höflich und hilfsbereit.« Also konnte Herr Schmelcher, dieser ehemalige SS-General ab 1954 bis 1962 im saarländischen Ministerium des Innern – Abteilung für Zivilschutz und Zivile Verteidigung Dienst tun. Dabei habe er sich *bleibende Verdienste* erworben, bescheinigte ihm der CDU-Innenminister Wilhelm bei Schmelchers Tod 1974 in einem Nachruf.

Zurück zu Heinrich Welsch. Der erhielt im Juni 1950 einen Brief der Witwe Hilde des ehemaligen Nazigauleiters Josef Bürckel. Sie teilte Herrn Welsch mit: »Nun brauche ich ein Entlastungszeugnis für meinen Mann.« Dieser – so seine Frau – »war Idealist und vor allen Sozialist und hat nur das Gute gewollt.« Die Brief-Bitte vom 12. Juni 1950 beantwortete Heinrich Welsch unter seinem Titel Präsident des Landesversicherungsamtes für das Saarland – Generalstaatsanwalt a.D. schon am 17. Juni. Dieser Brief ist ein besonders pfiffiger *Persilschein*. Indem Welsch bestätigte, dass er mit Bürckel »zahlreiche politische Strafsachen« besprochen und dabei »eine Einstellung des Strafverfahrens oder doch eine mildere Beurteilung der Straftat« erreicht zu haben, stellte er sich selbst ja auch zugleich ein solches nützliches Attest aus. Er habe »nicht ein einziges Mal vergeblich an seine (Bürckels d.V.) Einsicht und seine Menschlichkeit appelliert« ... »Viele Menschen konnten so vor schwerem Übel bewahrt werden.« Nach Welschs Schilderungen müsste die Besetzung und Annexion des Mosel-Departements ab 1940 durch Wehrmacht, SS und GESTAPO fast eine Wohlfahrteinrichtung gewesen sein, würde man nicht den Bericht von Charles Hoeffel über das *Sonderlager Fort Queuleu Metz – Stätte grausamster Nazi-Folter-Methoden* und die Schrift von Francios Goldschmitt: *Elsässer und Lothringer in Dachau*, kennen. Welsch schildert dann u.a. in seinen fast vier Seiten umfassenden Brief, dass und wie er sich gemeinsam mit Bürckel für den verhafteten späteren französischen Außenminister Robert Schuman eingesetzt habe, worauf Schuman nach Neustadt überführt und dort auf freien Fuß gesetzt worden sei.

Hans-Christian Herrmann schreibt über Welsch, dieser habe »zahlreichen Verfolgten des Nazi-Regimes geholfen, die saarländische Sozialpolitik zwischen 1947 und 1955 als Präsident des Landesversicherungsamtes und als Direktor des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt geprägt. Er wirkte ausgleichend und schuf Kompromisse, so z.B. bei den Auseinandersetzungen mit der Ärzteschaft.« (Seite 526) (Diesen Bezugspunkt will ich weiter unten nochmals aufgreifen.) Welsch führte nach dem Rücktritt Johannes Hoffmanns vom Amt des Ministerpräsidenten ab 29.10.1955 bis zum 10.01.1956 die Übergangsregierung.

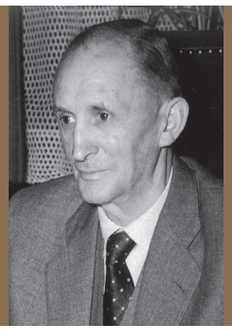
Der neugewählte Ministerpräsident Dr. Ney (CDU) würdigte seinen Vorgänger u.a. mit den Worten »Das ist geradezu Ihr Schicksal, nämlich immer dann in Aktion zu treten und Heimat und Volk zu helfen, wenn Not am Mann war ... « (*Neueste Nachrichten* vom 12.01.1956)

Heinrich Welsch, der Mann mit einer beachtlichen NS-Vergangenheit wurde dann noch mit dem *Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland* ausgezeichnet. Was gemeint war, hat der damalige Universitätspräsident Prof. Faillard in einem Nachruf hervorgehoben: »Der Verstorbene hat sich unermüdlich und in hervorragender Weise seit 1934 um die politischen Geschicke des Landes bemüht.« (*Saarbrücker Zeitung* vom 24.11.1976)

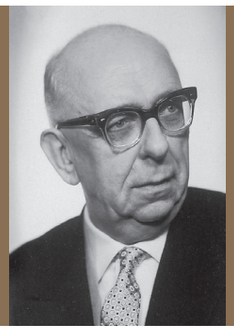
Dr. Erwin Albrecht

Wir werden noch einigen Personen begegnen, die sich *unermüdlich* um die Geschicke anderer Menschen bemüht hatten um später dann an der Saar in CVP oder/und CDU bzw. im Dienste von CVP- oder CDU-Regierungen tätig zu werden. Da sei zuerst an Dr. Erwin Albrecht erinnert. Ihm widmete der Landtag – dessen Mitglied er von Dezember 1955 bis Januar 1961 war – einen Nachruf. Auch der saarländische Rundfunk gedachte seiner, war er doch von Mai 1957 bis Juni 1960 Vorsitzender des Rundfunkrates. Und es würdigten ihn die Kassenärztliche Vereinigung Saarland, die Ärztekammer des Saarlandes und das Saarländische Ärzte-Syndikat, deren Syndikus er von 1948 bis 1965 war. Wer war dieser verdienstvolle Mann? Im Jahre 1900 geboren, übte er erst verschiedene Berufe aus, studierte dann Jura, er schloss dies 1936 mit dem zweiten Staatsexamen ab. 1933

1938: Gauleiter Josef Bürckel (in Zivil), 3.v.l. Willy Schmelcher, Polizeipräsident in Saarbrücken,
4.v.l. Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshautamt neben Bürckel Heinrich Himmler, Reichsführer SS
Bilder: Sammlung Bies



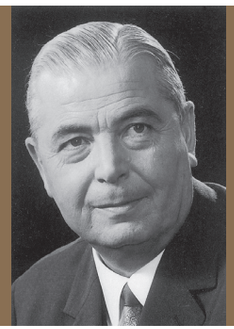
Heinrich Welsch
S. 7 ff



Hubert Ney
S. 9, 13

Erwin Albrecht
S. 9ff

Julius von Lautz
S. 15



Franz Josef Röder
S. 15

Egon Reinert
S. 15

Bilder: Archiv des Landtages

trat er in die faschistische SA ein und 1936 in die NSDAP, was ihm gewiss bei der Karriereleiter kein Hindernis war. Nach Assessorenstellen erklomm er den Rang eines Landgerichtsrates. Nach der Besetzung der Tschechei wurde er in Brünn (BRNO) eingesetzt und am Sondergericht in Prag.

Gerhard Paul sagte während einer Gedenkveranstaltung des saarländischen Justizministers Arno Walter am 29.11.1988 zu Dr. Albrecht u.a.: »Seine Unterschrift ziert das Urteil gegen Frau Golz. Das Urteil selbst: ein Dokument völlig pervertierter Rechtskultur. Aus der Ehe mit ihrem jüdischen Mann und aus ihrem ›freundschaftlichen Verkehr mit Juden, Halbjuden und Judenfreunden‹ folgerte das Gericht, dass auch die Angeklagte ›selbst geistig vollständig verjudet‹ sei. Hieraus könne geschlossen werden, dass Frau Golz ›ohne jeden äußeren oder inneren Zwang auch für die Zukunft anderen ihr bekannten Juden bei dem Versuch, sich staatlichen Maßnahmen durch Emigration zu entziehen, behilflich gewesen wäre‹. Da jeder Jude, der sich der ›Evakuierung‹ – wie die Deportation in die Vernichtungslager zynisch genannt wurde, entziehe, ein ›Reichsfeind‹ sei, habe Frau Golz gegen die Verordnung Heydrichs zur ›Abwehr der Unterstützung reichsfeindlicher Handlungen‹ verstoßen habe, sich somit an einem ›reichsfeindlichen Unternehmen‹ beteiligt, worauf die Todesstrafe stehe.« Es gab weitere Todesurteile: Am 03. Februar 1944 verurteilte Dr. Albrecht – gemeinsam mit Richter Kohlstadt – den Anton Kafka aus Prag als Gewaltverbrecher. Bei einem Versuch, sich von seinen Handschellen zu befreien, schlug er einen Polizisten ins Gesicht. Das Urteil: Todesstrafe. Mit dem gleichen Richterkollegen hatte Dr. Albrecht schon am 14. Dezember 1943 Karl Rauer aus Prag zum Tode verurteilt.Wenzel Kaderabek wurde von Albrecht am 08. März 1945 zum Tode verurteilt. Gemeinsam mit Sonderrichter Kohlstadt verurteilte er am gleichen Tage den Vonasek aus Tereschau wegen Nichtablieferung von Getreide zum Tode. Dr. Albrecht hatte weitere Todesurteile verhängt:

14. August 1942	Jaroslav Horak aus Prag XI,
14. April 1943	Stefan Hrdina aus Königsau,
02. Dezember 1943	Maria Pawlik aus Brandeisl,
04. Dezember 1943	Adalbert Blondik aus Tetschen,
27. Juli 1944	Stefan Ullmann und Josef Sada aus Prag,
09. Januar 1945	Wenzel Pinkas aus Kladno,
29. März 1945	Josef Stengel aus Pilsen.

Albrechts Chef hatte dem Juristen von der Saar »enge Verbundenheit mit dem NS-Staat« attestiert und auch »großes Verständnis für die politischen Aufgaben des Richters im Protektorat.« Wie Herr Albrecht diese »politischen Aufgaben« verstanden hatte, erhellt sich ja nicht nur aus den oben erwähnten Urteilen. Er sprach noch viele weitere Todesurteile aus und kam so nicht zufällig auf die tschechische Kriegsverbrecherliste unter der Nummer: CSRA – 38/61.

Erich Später und Dr. Karl August Schleiden veröffentlichten Beiträge zum Weg des Herrn Erwin Albrecht durch die politischen Systeme (*Saarbrücker Hefte* 91/2004) bzw. zur NS-Vergangenheit des CDU-Politikers Dr. Erwin Albrecht (*Saar-Geschichten*, Heft 1/2005) Da erfahren wir, dass es 1952 einen Auslieferungsantrag der Regierung der CSR gegeben, Justizminister Erwin Müller (CVP) diesen aber ignoriert habe. Albrecht habe bald nach seiner Rückkehr in die saarländische Heimat »eine erträgliche und seinen Fähigkeiten angemessene Tätigkeit als Syndikat der Ärztekammer« aufnehmen können. Sein politisches Engagement im Abstimmungskampf 1955 beweise »dass er im Bezug auf seine Zeit von 1936–1945 unverbesserlich geblieben war.« Für Dr. Schleiden bleibt unverständlich ... »dass eine demokratische Partei – hier kann ja nur die CDU gemeint sein d.V. – ihn jedenfalls für eine begrenzte Zeit so in den Vordergrund stellen konnte ... « (Anmerkung des Autors: vielleicht gehen die eifrigen JUNGE-UNIONS-Geschichts-Bearbeiter mal dieser Frage nach).

Dr. Albrecht wurde im August 1955 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU-SAAR und zeitweilig zum CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag des Saarlandes gewählt. Als er sich der Vereinigung von CVP und CDU widersetzte, kam es zur Trennung von der Fraktion. Er hospitierte dann bei der DPS. Schließlich wurde es ruhiger um ihn, bis er 1969 gemeinsam mit dem ehemaligen CDU-Landesvorsitzenden und -Ministerpräsidenten Dr. Hubert Ney einen Wahlaufruf zur Unterstützung der NPD veröffentlichte. (Wie unschwer nachzuvollziehen ist, könnten die JUNGE UNION und ihre Ziehväter durchaus noch an der Schließung von Lücken ihrer Parteigeschichte, der Geschichte des Saarlandes und mancher Persönlichkeiten arbeiten – so sie wollten.)

Lassen Sie uns noch auf weitere Persönlichkeiten hinweisen, die bei CVP bzw. CDU Karriere machten und deren braune Vergangenheit, ihre Verstrickung in das nazistische Mordregime nicht hinterfragt oder einfach ignoriert worden war. Hier sind nun nicht Adenauers Staatssekretär Globke, nicht Minister Oberländer,

nicht Bundeskanzler Kiesinger oder Herr Filbinger und weitere illustre braungefärbte CDU-Politiker der Bundesebene gemeint.
Als es im Landtag anlässlich der Ausstellung *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944* eine Debatte gab, betonte der damalige Oppositionspolitiker Peter Müller: »Erinnerung setzt Wahrhaftigkeit voraus. Deshalb muss die Aufarbeitung der Vergangenheit umfassend und differenziert erfolgen ... « Dem war nicht zu widersprechen. Seit 1999 ist Peter Müller Ministerpräsident des Saarlandes. Uns scheint, dass er und seine Partei die Chancen und Möglichkeiten zur *Aufarbeitung* nur nutzen, wenn es um die anderen geht. Deshalb wollen wir hier, wenigstens in kurzen Notizen noch weitere Hinweise für Forschungsansätze geben.

Auch das Jahr 1955 bedeutete in der Politik an der Saar eine Zäsur und zwar nicht nur wegen des Referendums und den Folgen. Es wurde ja im Dezember ein neuer Landtag gewählt. Nun zogen ja eine Reihe Abgeordnete in den Landtag ein, deren politische Laufbahn schon früher begonnen hatte. Als der neue Landtag im Dezember 1955 gewählt und festzustellen war, wer denn nun künftig *im hohen Hause* das Sagen habe, stellte die VVN-Saar am 08. Januar 1955 fest: »Von den 33 Abgeordneten der Heimatbund-Parteien sind 21 ehemalige Hitler-Aktivisten, SS- und SA-Führer und GESTAPO- und SD-Agenten.« Ein Abgeordneter habe lange Zeit als SS-Hauptscharführer beim Wachkommande des KZ-Dachau gedient (*Die Tat* vom 14.01.1956). Das Handbuch *Landtag des Saarlandes* von 1957 gibt auch 50 Jahre danach Aufschluss über die Wahrheitsliebe ehemaliger, in die faschistische Diktatur verstrickter Persönlichkeiten und ihr Bemühen um *Aufarbeitung*. Ein einziges Mitglied, nämlich Dr. Heinrich Schneider gibt seine NSDAP-Mitgliedschaft ab 1931 an, um zu ergänzen, dass er 1933 als Regierungsassessor im Preußischen Innenministerium »in starkem Gegensatz zum Nationalsozialismus« gestanden habe. »In zahlreichen Fällen« habe er als »Rechtsbeistand politischer Gegner des Nationalsozialismus gewirkt.« 1937 sei er aus der NSDAP ausgeschlossen worden. Erich Später hat festgestellt, dass Schneider zwar »von einem Parteigericht in Saarbrücken aus der NSDAP ausgeschlossen«, der Ausschluss aber »von der Reichsleitung nicht bestätigt« worden sei, »so dass Schneider bis 1945 ordentliches Parteimitglied blieb.«

Drei Abgeordnete geben an, nach 1945 interniert worden zu sein (W. Kratz, P. Engel, J. Loreng) ein Abgeordneter war nach Kriegsende längere Zeit erwerbslos. Über die Gründe darf man raten. Erinnern wir an Wilhelm Kratz, der zeitweilig CDU-Fraktionsvorsitzender und auch Landtagspräsident war. Er war ab 01.06.1933 Mitglied der NSDAP und Truppführer im NSKK gewesen. Nach seiner Verhaftung durch die französische Sureté war er zwei Jahre bis 1947 interniert. Sein Fraktionskollege war Julius von Lautz. Ehe dieser Minister (Innenminister bzw. Justizminister) wurde, war er schon ein Parteigenosse von Kratz, nämlich ebenfalls in der NSDAP seit 1933. Im Oktober 1934 ziert der Name von Lautz auch Briefe der GESTAPO-Stelle Trier an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin mit der Aufstellung von hier eingegangenen Personalien der Funktionäre der KPD im Saargebiet. Und eifrig fügt er an: »Die noch ausstehenden Personalien werde ich sofort nach Eingang nachreichen.«

Der spätere CDU-Ministerpräsident Egon Reinert trat ebenfalls schon 1933 der NSDAP bei. Nach dem plötzlichen Tadel von Egon Reinert wurde Dr. Franz Josef Röder CDU-Ministerprädisent. Dieser war seit August 1933 Mitglied der NSDAP und wie Kratz auch Mitglied im NSKK. Hier nun scheint mir eine Anmerkung angebracht. Ich hatte 1952 den Rechtsanwalt Wilhelm Kratz in Merzig kennengelernt. Ich selbst hatte damals als junger Kommunist und Parteisekretär der KP im Kreis Merzig öfter vorübergehende Festnahmen, Hausdurchsuchungen bei meinen Eltern wo ich wohnte und Beschlagnahmungen von Flugblättern und Schriften zu ertragen. Und als ich mal juristischen Rat oder Beistand brauchte hatte ich ein freundliches Gespräch mit RA Kratz. Ich hatte nicht den Eindruck, dass er irgendwelchen nazistischen Ideen anhing. In der nationalen Frage, nämlich dass die Saar deutsches Land sei und zu Deutschland gehöre, hatten wir keinerlei Differenzen. Und in den Jahrzehnten der Ministerpräsidentschaft Dr. F.J. Röders konnte ich bei Begegnungen mit ihm – gemeinsam mit Gästen aus der Sowjetunion – sein Interesse für dieses Land, sein Verständnis für die Verständigungsarbeit der Gesellschaft BRD–UDSSR im Saarland e.V., seine gelegentlichen finanziellen Zuwendungen für die Aktivitäten unserer Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, auch 1976 als wir uns in Georgien trafen. Schließlich möchte ich zu Dr. Röder noch auf seine aktive Rolle bei Zustandekommen des Warschauer Vertrages zwischen der BRD und Polen hinweisen. Soviel hier zu der von Peter Müller gewünschten *differenzierten Aufarbeitung* der Vergangenheit. Doch können der CDU und ihrer JUNGEN UNION Hinweise auf weitere illustre Persönlichkeiten nicht erspart bleiben, deren Lebengeschichte *aufgearbeitet* werden sollte. Ob alle hier zu erwähnenden Personen selbst Mitglied der CDU waren oder *nur* in Diensten von CDU-Regierung standen, sei dahingestellt.

Dr. Karl Bömmels

Ehe Dr. Karl Bömmels in der Nachkriegszeit Senatspräsident beim Oberlandesgericht Saarbrücken wurde, hatte er sich *juristische Sporen* in verschiedenen Tätigkeitsbereichen erdient. Er war 1931 noch Angestellter bei dem Rechtsanwalt Levy in Saarbrücken gewesen. 1933 trat er in die NSDAP ein. Bömmels kam dann 1935 als Richter an das Amtsgericht Saarlouis. Nicht wehrtauglich, leistete er *der deutschen Sache* nach Kriegsbeginn 1939 im besetzten Polen seine Dienste.

Er wurde Vorsitzender des Sondergerichts beim Landgericht Posen. Hier verhängte er mindestens 44 Todesurteile. Die juristische Qualität seiner Urteile machen folgende Beispiele deutlich: Jan Horyza, ein in Gelsenkirchen geborener polnischer Landarbeiter war bei einem deutschen Siedler beschäftigt und wurde öfters von diesem geschlagen. Als er wieder einmal mit dem Hackenstiel *bearbeitet* werden sollte, hielt er den Schläger fest. Laut Dr. Bömmels eine »Gewalttat gegen seinen deutschen Arbeitgeber.« Weiter stellte Bömmels fest, der Angeklagte habe »das Wohl des deutschen Reiches beschädigt.« Die »Aufrechterhaltung der deutschen Autorität ... (erfordere) schärfste Ahndung.« Jan Horyza wurde am 19. März 1943 hingerichtet. Nur wenige Monate später, am 09. November 1943, verurteilte Dr. Bömmels den Polen Johann Waymann »wegen Körperverletzung als Gewaltverbrecher zum Tode.« Grund? Waymann war vor Kriegsbeginn als Sanitäter zu den polnischen Landesschützen eingezogen worden. Kurz nach Kriegsbeginn, also in den ersten Septembertagen 1939 waren die Landesschützen zur Bewachung internierter Deutscher eingesetzt. Dabei soll Waymann dem *Volksdeutschen* Müller zweimal mit der Hand ins Gesicht geschlagen haben. Damit habe er sich »einer gefährlichen Körperverletzung ... schuldig gemacht ... .« Für Bömmels kam nur die Todesstrafe in Frage, die auch am 16. Dezember 1943 vollstreckt wurde. Da hatte ein polnischer Gärtner zwei russische Kriegsgefangene bei ihrer Flucht unterstützt und wurde erwischt. Am 24. April 1942 fällt Dr. Bömmels seinen Spruch: »Todesurteil.« Ein Gnadengesuch lehnte der Blutrichter aus Saarbrücken ab. Er erwartete »vielmehr – schon aus Gründen der Abschreckung – unnachsichtige und baldige Vollstreckung des Urteils«, zitiert Gerhard Paul in seinem schon erwähnten Vortrag. 1955 ist per Adressbuch der Stadt Saarbrücken zu erfahren: »Bömmels, Beisitzer beim Obersten Gerichtshof der saarländisch-französischen Union, Senatspräsident beim OLG Saarbrücken, Vorsitzender des 3. und 4. Zivilsenats.« Dr. Bömmels Taten wurden 1960 bekannt.

Er ließ sich in den Ruhestand versetzen, überstand heil ein Ermittlungsverfahren, das 1962 eingestellt wurde. (Über den ermittelnden Staatsanwalt wird an anderer Stelle informiert.) Bömmels vertarb im August 1988 in Saarbrücken.

Dr. Paul Emmerich

Dem Schriftsteller Hans Fallada wurde 1946 von Johannes R. Becher, der gerade erst aus dem Exil in der Sowjetunion zurückgekehrt und aktiv beim Ankurbeln neuen kulturellen Lebens, nahegelegt, sich doch schreibend über die Zeit, die er – Fallada – in Deutschland miterlebt habe auseinanderzusetzen. Dazu überließ er ihm ein Bündel von GESTAPO- und NS-Gerichtsakten zur Durchsicht.

Hans Fallada beschäftigte sich mit dem Lebenslauf, dem Kampf des Ehepaars Otto und Elise Hampel gegen die Nazis und mit ihrem tragischen Ende. Daraus erwuchs der Roman *Jeder stirbt für sich allein*. Die Hampels fertigten und verteilten vom Herbst 1940 bis Herbst 1942 Karten und Brieftexte antifaschistischen Inhalts bis sie entdeckt, verhaftet, verhört, angeklagt, zum Tode verurteilt und am 08. April 1943 hingerichtet wurden.

Manfred Kuhnke geht in einer Arbeit den verschiedensten Fragen nach, die sich aus Falladas Roman, seinen Figuren, ihren Toten und der tatsächlichen Biografie des Ehepaars Hampel ergeben, das bei Fallada Quangel heißt. Kuhnkes interessante Untersuchung wurde ihm u.a. deswegen ermöglicht, weil er Zugang zu jener NS-GESTAPO- und Justizakte gefunden hat. Über deren Herkunft weiß Kuhnke: „Dabei handelt es sich hauptsächlich um eine Handakte des Volksgerichtshofes von 34 Seiten für Landgerichtsrat. Dr. Paul Emmerich, der die juristische Vorbereitung des Strafverfahrens maßgeblich beeinflusste und an der Hauptverhandlung gegen die Eheleute Hampel am 22. Januar 1943 als Vertreter des Oberreichsanwaltes teilnahm ...“ (*ebenda*, Seite 16). Auf diesen Dr. Emmerich hatten schon Eintragungen im Braunbuch und in anderen Publikationen der DDR früher, dann Günther Wielanf in seiner Schrift *Das war der Volksgerichtshof, Ermittlungen, Fakten, Dokumente* hingewiesen. Und nicht nur darauf, sondern auch auf die jeweils aktuelle Nachkriegsfunktion: heute: Erster Landgerichtsrat in Saarbrücken. Dr. Paul Ernst Rudolf Emmerich war ab 19. März 1942 Landgerichtsrat und Hilfsarbeiter beim Oberreichsanwalt. Ob Dr. Paul Emmerich mit dem im Saarbrücker Adressbuch für 1949 und dem für 1950–51 notierten gleichnamigen Kaufmann identisch ist, bleibt vorerst ungeklärt. Aber 1955 und 1956 ist

er 1. Landgerichtsrat und Vorsitzender der Kammer für Handelssachen. 1963 ist er als Landgerichtsdirektor ausgewiesen. Inzwischen hatte er auch eine bescheidene politische Karriere hinter sich. Zur Kommunalwahl am 13. Mai 1956 kandidierte Dr. Emmerich, Paul, 1. Landgerichtsrat Saarbrücken 3, Habichtweg 33 auf Platz 10 der CDU-Liste für den Stadtrat Saarbrücken.

Albert Schmitt-Winter

Der Anfang der 60er Jahren gegen (oder für) Dr. Karl Bömmels ermittelnde Staatsanwalt war Oberstaatsanwalt Schmitt-Winter. Auch er hatte eine beachtliche Karriere vorzuweisen. Im April 1933 war er der NSDAP beigetreten, war als Abschnittsführer und Gauredner für die Nazi-Organisation NS-Rechtswahrerbund aktiv, wurde zeitweilig Staatsanwalt beim Sondergericht in Metz und dann Kriegsgerichtsrat bei der Division 462. 1947 stufte man ihn lediglich als Mitläufer ein. 1948 war er schon wieder im saarländischen Juztizdienst und brachte es schnell zum stellvertretenden Leiter der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Saarbrücken.

Gerhard Paul schrieb: »Wie Bömmels und Schmitt-Winter ging es zahlreichen NS-Richtern, die spätestens seit Anfang der 50er Jahre wieder im saarländischen Justizdienst waren, mag es sich um die Kriegsrichter Ballat und Oppenheuer, um die Sonderrichter Collet und Krotten, um den Richter beim Volksgerichtshof Dr. Paul Emmerich oder um den Staatsanwalt bei Sondergericht in Lothringen, Dr. Erich Kammer, handeln, der nach dem Krieg stellvertretender Generalstaatsanwalt und Vorsitzender der Landesvereinigung Saar des Deutschen Richterbundes wurde.«

Erich Neuberger

Der am 8. Februar 1910 geborene Erich Neuberger, der es während der Nazi-Zeit zum Amtsgerichtsrat in Bromberg (Polen) und zum SS-Sturmbannführer gebracht hatte, fungierte nach dem Krieg als Erster Staatsanwalt in Saarbrücken.

Friedrich Karl Vialon

Als eine besondere Zierde unter der Professorenschaft an der Universität des Saarlandes erschien Friedrich Karl Vialon. Vom Landgerichtsrat bei OLG in Karlsruhe führte ihn sein Weg in das Reichsfinanzministerium, Oberregierungsrat, Regierungsdirektor und Leiter der Finanzabteilung des Reichskommissars für das Ostland in Riga. Hier, wo sich zigtausendfache Morde an jüdischen Menschen abspielten, war er mit der *Sicherung der jüdischen Vermögenswerte* für die Kriegs- und Vernichtungspolitik der deutschen Faschisten beschäftigt. Als es nach Himmlers Anordnung 1943 darum ging, die noch in Ghettos lebenden J uden in KZ-Lager zu überführen, erließ Vialon eine Geheim-Verfügung, in der stand: »Die Leitung dieses zu errichtenden KZ soll nach meinem Wunsch vom Generalkommissar Rigas übernommen werden, die sicherheitspolizeilichen Aufgaben werden selbstverständlich von den Polizeidiensstellen wahrgenommen, der finanzielle Ertrag soll, wie bisher, meinem Haushalt zufließen.« Das qualifizierte ihn für eine Nachkriegskarriere: Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, später Staatsskretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das Vorlesungsverzeichnis der Universität des Saarlandes listete diesen Experten noch 1992/93 im Fachbereich 1 – Rechtswissenschaft unter den Honorarprofessoren: Vialon, Friedrich Karl, Dr., jur., Staatssekretär a.D. (Haushaltsrecht) – Am Buchenberg 15, 5300 Bonn. Trotz verschiedener öffentlicher Kampagnen, so z.B. der JUSOS an der Universität Saarbrücken, hielt man in Bonn wie in Saarbrücken an diesem Fachmann fest.

Zum Schluss.

Kürzlich erregte ein Buch Aufmerksamkeit, das dem Lebens- und Leidensweg eines Antifaschisten gewidmet ist, in dem aber auch das Umfeld beleuchtet wurde: *Marpingen und der Kreis St. Wendel unter dem Hakenkreuz* von Eberhard Wagner. In dieser Arbeit sind auch die Wege von Persönlichkeiten nachgezeichnet, die von der Zentrumspartei über die NSDAP zur CDU auf lokaler Ebene gedient haben.

Sie sollten nicht weiter *falsches Zeugnis reden wider ihre Nächsten.* Wenn sie der Menschen gedenken wollten, die ihr Leben beim Versuch, die Staatsgrenze der DDR illegal zu überwinden, ums Leben gekommen sind, so ist das ihre Sache. Ihre Art des Gedenkens zeugt nicht von Lauterkeit, sondern von der Absicht, die Opfer zu instrumentalisieren und den politschen Gegner zu diffamieren. Ginge es darum, Freizügigkeit für Menschen einzufordern, dann dürfte man nicht nur rückwärtsgewandt falsche Adressaten anzuprangern versuchen, sondern müsste heutzutage für jene Menschen eintreten, die versuchen vor terroristischen Regimes, vor Seuchen, vor Hunger und Elend zu fliehen und die vermeintlich rettenden Ufer Europas zu erreichen. Gab es eine Gedenkveranstaltung oder auch nur ein Innehalten und Nachdenken als z.B. die *Saarbrücker Zeitung* am 09. Januar 2009 meldete, dass im Jahr zuvor mindestens 1502 Flüchtlinge an den Grenzen der Europäischen Union ums Leben gekommen sind?

Würde man in den Sprachgebrauch des Herrn Toscani verfallen, wie müsste man heutzutage jene Politiker bezeichnen, die eine Verantwortung dafür tragen, dass die *Festung Europa* so abgeschottet ist und dass nicht wenige Menschen, die es geschafft hatten, Deutschland zu erreichen zurück zu ihren Folterern abgeschoben werden?

Quellen und Literatur

IML-ZPA: Pst 3/80, St 3/233 I, St 3/82, Pst 3/94 (heute SAPMO-Bundesarchiv).

DZA Potsdam Saarbildarchiv Nr. 82 (heute Bundesarchiv).

Landtag des Saarlandes, Handbuch, Saarbrücken, 1957.

Gewerkschaftsfeinde in Richterroben, 2. Teil,
Hrsg. FDGB-Bundesvorstand, o.O., o.J.

Wir klagen an, 800 Nazi-Blutrichter - Stützen des Adenauer-Regimes,
Hrsg.: Ausschuss für Deutsche Einheit, Berlin/DDR 1959

Belohnte Mörder - Bonn rehabilitiert 1155 Nazi Kriegs- und Sonderrichter,
Hrsg. Ausschuss für Deutsche Einheit, Berlin/DDR, o.J.

Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik,
Hrsg. Nationalrat der Nationalen Front, Berlin/DDR 1965

dto., 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, 1968

HERMANN W. MORWEISER: Antifa-Archiv, Ludwigshafen.

WOLFGANG KOPPEL: *Ungesühnte Nazijustiz - Hundert Urteile klagen ihre Richter an,* Karlsruhe 1960

GERHARD PAUL: *Im Namen des Deutschen Volkes - Nationalsozialismus und Justiz im Saarland 1933–1945*, Vortragsmanuskript anlässlich einer Gedenkveranstaltung des Saarländischen Ministers für Justiz am 29.11.1988

LUITWIN BIES: *Verordnet, verinnerlicht, verdrängt , Antifaschismus an der Saar in den Nachkriegsjahrzehnten, in : Rassismus, Faschismus, Antifaschismus, Forschungen und Betrachtungen* gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, Köln 2000

REINHOLD BOST: *Bartholomäus Koßmann 1883–1952*, Blieskastel 2002

ERICH SPÄTER: *Das Wort das Führers ist unser Befehl, Heinrich Schneider, ein deutscher Patriot*, Saarbrücker Hefte, Heft 89, Frühjahr 2003

ERICH SPÄTER: *Mord nach Paragraphen, Die Vergangenheit des CDU-Politikers Dr. Erwin Albrecht*, ebenda, Heft 91, Frühjahr 2004

PETER WETTMANN-JUNGBLUT, *Rechtsanwälte an der Saar 1800 - 1960, Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes*